

DIE SEITE

► Die Zahl der Wanderarbeiter aus Osteuropa, die in Deutschland tätig sind, steigt. Viele von ihnen werden ausgebeutet. Diese Seite erzählt die Geschichte zweier Frauen aus Bulgarien, die in Mainz leben und arbeiten.

BEGRIFFE, FAKTEN UND ZAHLEN

► Laut Definition der Internationalen Organisation für Migration (IOM) umfasst der Begriff Wanderarbeiter Arbeitsmigranten, Werkvertragsarbeitnehmer, Saisonarbeitskräfte, Grenzgänger, aber auch illegal beschäftigte Arbeitnehmer, solange sie sich für die Dauer der Beschäftigung am Arbeitsort aufhalten.

► Nach Informationen der IOM wird die weltweite Anzahl von Wanderarbeitern auf rund 200 Millionen geschätzt.

► Die Hälfte aller Wanderarbeiter weltweit ist weiblich.

► Im Mai 2015 ist die in Deutschland lebende Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien um 12 400 Personen auf 595 000 Personen gestiegen. 2015 ist mit einem Bevölkerungszuwachs um 130 000 bis 140 000 Menschen zu rechnen. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit)

► Für Bulgaren und Rumänen verläuft die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt – unter Berücksichtigung von Saisoneffekten – positiv. Im April 2015 lag die Zahl der Beschäftigten bei rund 306 000 Personen und wuchs damit im Vergleich zum Vorjahresmonat um 89 300 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Beschäftigungsquote um fünf Prozentpunkte gestiegen. Die Arbeitslosenquote der Bulgaren und Rumänen lag bei 9,9 Prozent und blieb im Vergleich zum Vorjahresmonat konstant. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit)

► Ende 2014 lebten in sechs deutschen Kommunen über 10 000 Bulgaren und Rumänen: Berlin (35 000), München (27 000), Frankfurt (16 000), Hamburg (14 000), Duisburg (11 000), Nürnberg (11 000). In Mainz waren es 1852 (Stand 2013). Den größten Anteil an der Bevölkerung stellen sie in Offenbach (5,4 Prozent).

Von Neli Mihaylova

MAINZ. Zayda* zieht eine Zigarette aus der Schachtel und zündet sie an. Ihr Gesicht verschwindet kurz hinter einer Rauchwolke. Der Nagellack auf ihren Fingern splittert an einigen Stellen ab. Dunkle Ringe liegen unter ihren Augen. Sie ist 32 Jahre alt, sieht aber älter, erschöpft und müde aus. Den 6. Juli 2012, „dieses fatale Datum“, wird sie nie vergessen. An jenem Tag fuhr sie mit einem Minibus voller Männer aus ihrer Heimatstadt Varna nach Hamburg. Dort war ihr eine Stelle in einer Obstfabrik angeboten worden. Ohne Vertrag und ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, ließ sie alles hinter sich, um Hoffnung in einem anderen Land zu suchen. „Ich hatte Schulden und brauchte Geld, um meine zwei Kinder ernähren zu können“, erzählt sie.

Drei Jobs und zwei Kinder

Ihr Mann in Bulgarien hatte keinen festen Job. Sie hatte drei Jobs und machte nach Feierabend den Haushalt. Als einer ihrer Söhne krank wurde, begann sie, sich zu verschulden: „Er hatte Herzprobleme und seine Operation hat mehrere Tausend Leva gekostet. Geld, das wir nicht hatten.“ Sie nahm einen Kredit auf. Kollegen liehen ihr zusätzlich Geld. Nach der OP musste sie sechs Monate lang zu Hause bleiben, um sich um ihren Sohn zu kümmern. In dieser Zeit wurde ihr gekündigt. „Ich musste noch einen Kredit aufnehmen, um meine Schulden bei den Bekannten zu begleichen“, erzählt sie weiter. Kurz darauf scheiterte die Ehe. Sie zog aus der gemeinsamen Wohnung aus, ließ die Kinder bei ihrem Mann und entschied sich, das Geld, das sie so dringend brauchte, im Ausland zu verdienen.

Als sie in Hamburg ankam, war sie schockiert: „Das Gebäude, in dem die Arbeit

Ausbeutung als Alltag

WANDERARBEITER Bulgaren über ihre Erfahrungen auf dem Mainzer Arbeitsmarkt



Zayda aus Bulgarien sucht seit einiger Zeit vergeblich nach einer Wohnung in Mainz.

Foto: hzb/Kristina Schäfer

ter wohnten, sah aus wie ein Konzentrationslager“, schildert sie. Rund 600 Bulgaren lebten dort, teilweise zu acht in winzigen Dreizimmerwohnungen. Jeden Morgen wurden sie mit Bussen abgeholt und zur Arbeit gebracht, abends zurückgefahren. Der Lohn betrug fünf Euro die Stunde. Die Arbeiter mussten davon verschiedene Zahlungen an den Arbeitgeber leisten. „Die Vorarbeiter haben Kopien unserer Dokumente gemacht und uns jeden Monat von unserem Gehalt 60 Euro für Kranken- und Sozialversicherungen in Bulgarien abgezogen. Das Geld wurde aber nie eingezahlt. Dazu kamen 220 Euro im Monat für die Übernachtung und noch drei Euro am Tag für Transport. Es war klar, dass ich mit diesem Job niemals genug verdienen würde, um meine Schulden zu begleichen.“ Sie rief ihren Cousin in Mainz an und kam zu ihm.

In Mainz fand Zayda zunächst einen Job in einer Autowäsche, für 20 Euro am Tag, ohne Arbeitsvertrag und ohne Schutz-

ausrüstung. „Ich habe die starken Putzmittel nicht getragen und musste kündigen“, sagt sie. Sie versuchte es in der Gastronomie: in einem serbischen Café, wieder für fünf Euro die Stunde. Die ersten zwei Wochen arbeitete sie umsonst, „das war die Probezeit“. Danach von 7 bis 23 Uhr, ohne Vertrag. „Meine Chefin hat mir gesagt, sie zahlt für mich die Sozialabgaben und wird deswegen jeden Monat 130 Euro einbehalten.“ Erst im Nachhinein erfuhr sie, dass sie nicht versichert war: „Ich wusste nicht, wie das Arbeitsleben in Deutschland funktioniert, ich konnte kein Deutsch und kannte niemanden, der mir helfen konnte.“

Anfang vergangenen Jahres bekam sie durch Bekannte einen Job als Reinigungskraft. Zum ersten Mal mit einem Arbeitsvertrag. Sofort reichte sie in Bulgarien die Scheidung ein: „Ich hatte endlich Geld für die Anwaltskosten.“ Ihr Ex-Mann wollte sich nicht mehr um die Kinder kümmern. „Ich musste sie vor drei

Monaten zu mir nehmen.“ Das Problem: Ihre Wohnung in Mainz ist nur 15 Quadratmeter groß. „Ich suche seitdem Tag und Nacht nach einer größeren Wohnung, aber wenn die Vermieter hören, dass ich aus Bulgarien komme, sagen sie sofort ab“, schildert sie.

» Ich wusste nicht, wie das Arbeitsleben in Deutschland funktioniert, ich kannte niemanden, der mir helfen konnte. «

ZAYDA, Wanderarbeiterin aus Bulgarien

Mittlerweile hat Zayda ihre Schulden abbezahlt. Eigentlich wollte sie ihr Leben in Deutschland aufgeben und zurück nach Bulgarien fahren. „Aber den Kindern gefällt es hier, sie sprechen schon ein bisschen Deutsch, haben Freunde in der Schule. Ich werde bleiben, damit sie eine bessere Chance im Leben haben als ich damals.“

Wegen ihrer Kinder entschied sich auch Sevgül*, in Deutschland zu bleiben. Die Bulgarin verließ vor neun Jahren aus Geldnot ihre Heimat und ihren damals fünfjährigen Sohn. Sie arbeitete lange in der Gastronomie, immer schwarz. Vor zwei Jahren heiratete sie, ein Jahr später kam ihr Sohn aus Bulgarien nach Mainz. Sie bekam einen neuen Job in einem Imbiss am Südbahnhof. „Ich habe von 6 bis 14 Uhr dort gearbeitet. Die acht Stunden, die ich jeden Samstag geleistet habe, wurden mir nie bezahlt“, erzählt sie.

Im Oktober 2014 wurde sie schwanger. Als sie eine Kiste mit Obst trug, bekam sie eine Blutung und musste für zwei Wochen ins Krankenhaus. Als sie im Januar zurückkehrte, wurde sie gefeuert. „Ich wusste nicht, dass so etwas in Deutschland nicht erlaubt ist, habe mich deshalb auch nicht gewehrt.“

Seitdem ist Sevgül zu Hause, kümmert sich um ihre Kinder und die 35 Quadratmeter große Wohnung. Ihr Sohn spricht mitt-

lerweile fließend Deutsch, hat sehr gute Noten in der Schule. „Ich will aber bald wieder arbeiten gehen. Mit zwei Kindern ist es ansonsten schwer, über die Runden zu kommen“, meint sie. Denn auch ihr Mann wird ausgebeutet: „Er ist Bauarbeiter, hat aber nur einen Vertrag als Gärtner bekommen, damit seine Firma nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn für Bauarbeiter zahlen muss.“

*Namen der Redaktion bekannt.

Kein Urlaub, keine Versicherung

BERATUNG Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen setzt sich in Mainz für die Rechte der Menschen ein

Von Neli Mihaylova

MAINZ. Maria Dimcheva ist Beraterin im Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW) in Mainz und hat allein seit Anfang dieses Jahres mit mehr als 300 Bulgaren, die in Mainz und Umgebung arbeiten, gesprochen. Alle diese Menschen haben ein gemeinsames Problem: Sie wurden auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgebeutet. „Viele Bulgaren, die nach Mainz kommen, sind sehr arm und haben in ihrer Heimat keine Perspektive. Sie brauchen Geld, um ihre Familien dort zu ernähren. Dies nutzen deutsche Arbeitgeber häufig aus“, erklärt Dimcheva.

Die Ausbeutung von Wanderarbeitern in Deutschland habe viele Facetten, schildert Letitia Matarea-Türk. Sie ist bei der Beratungsstelle des Vereins in Frankfurt am Main tätig. So bekämen die Wanderarbeiter in der Regel keinen oder nur unbezahlten Urlaub. Vereinarbeitende Gehälter würden häufig nicht oder nur teilweise ausge-

ten oft zwölf Stunden oder mehr am Tag und seien selten krankenversichert. Gesetzmäßige Arbeitsverträge seien die Ausnahme, so Matarea-Türk. Die Arbeitgeber seien zudem oft auch Vermieter: Wenn jemandem gekündigt wird, landet er deshalb auf der Straße, erläutert sie weiter.

„Der europäische Arbeitsmarkt hat sich seit einigen Jahren sehr verändert“, schildert Thomas Hentschel, kommissarischer Leiter des EVW-Vereins: „Durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit der neuen EU-Mitglieder hat die Mobilität der Arbeitskräfte in Europa insgesamt stark zugenommen.“ Seit 2014 gilt die Regelung auch für Bulgaren und Rumänen. Aufgrund der schlechten Lebensbedingungen in diesen Ländern wandern viele Menschen aus, um im Westen Europas Arbeit zu suchen. „Sie werden als billige Arbeitskräfte in der Schwarzarbeit ausgenutzt. Wir wollen mit unserer Arbeit Menschen konkrete Hilfe leisten, die in Deutschland schamlos ausgebeutet werden“, fügt er hinzu.

Die männlichen Wanderarbeiter sind vor allem auf dem Bau, als Lkw-Fahrer oder in landwirt-



Die meisten männlichen Wanderarbeiter aus Osteuropa sind auf dem Bau tätig.

Foto: fotolia – photo5000

schaftlichen Betrieben tätig. Die Frauen arbeiten überwiegend im Pflegebereich, in der Gastronomie oder als Reinigungskräfte. Oft kommen die Leute mithilfe von Arbeitsvermittlern nach Deutschland, denen sie eine Provision zahlen oder einen Teil ihres Gehalts abgeben müssen.

Viele der in Deutschland arbeitenden Ausländer kennen ihre Rechte nicht, wissen nicht, dass es Gewerkschaften gibt, die ihre Interessen vertreten. „Manche

Arbeitgeber nutzen diese Informationsdefizite gezielt aus. Unsere Aufgabe ist es, die Wanderarbeiter über die in Deutschland geltenden Arbeits- und Sozialstandards zu informieren“, so Hentschel.

Die Mitarbeiter des Vereins fahren deshalb zu großen Baustellen oder Feldern, um möglichst viele Wanderarbeiter zu erreichen. „Die meisten Menschen, die zu uns kommen, haben durch Bekannte von unserer

Arbeit erfahren“, erklärt Dimcheva. Zwei Drittel der Leute, die zum Verein kämen, seien im Baugewerbe, in der Gastronomie oder in der Logistik beschäftigt. Nur wenige davon seien arbeitslos, so die Beraterin: „Sie wollen arbeiten und nicht vom Staat Sozialleistungen beziehen.“

„Viele der Bauarbeiter aus Rumänien, die in Deutschland tätig sind, erzählen, dass sie nirgendwo in Europa so schlecht behandelt werden wie hier“, schildert Letitia Matarea-Türk. Dabei finde die Ausbeutung vor allem im Auftrag etablierter Großunternehmen statt. „Die großen Bauunternehmen vergeben Aufträge an verschiedene Subunternehmen, die wiederum auf billige Schwarzarbeiter zurückgreifen. Dadurch gelingt es den Auftraggebern, eine weiße Weste zu behalten und gleichzeitig mit günstigen Preisen Aufträge zu ergattern“, erklärt die Beraterin.

In kleinen Familienbetrieben, erklärt Dimcheva, seien die Arbeitsbedingungen hingegen meist besser: „Die Arbeitgeber kennen ihre Helfer seit Jahren. Für sie sind sie schon ein Teil der Familie geworden. Und seine Familie behandelt man anständig.“

DER VEREIN

► Der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. (EVW) ist eine Lobbyorganisation, die sich für gleiche Rechte der Wanderarbeiter in Deutschland einsetzt. Der Verein kooperiert seit seiner Gründung mit den Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

► Der EVW führt in Rheinland-Pfalz seit Anfang des Jahres 2015 das Projekt „Mobilität fair gestalten!“. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, das Wanderarbeitern in Rheinland-Pfalz kostenlose Informationen zu geltenden Arbeits- und Sozialstandards anbietet.

► Das Projekt wird im Jahr 2015 durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie mit der Unterstützung des DGB Bezirks Rheinland-Pfalz/Saarland gefördert.